

Neugestaltung Griesplatz – Vorbereitende Maßnahmen Zusammenfassung und Beantwortung der Stellungnahmen zum Beteiligungskonzept

Der Entwurf für das Beteiligungskonzept wurde lt. Leitlinien für BürgerInnenbeteiligung zur Stellungnahme am 9. Juni 2015 an folgende Personengruppen übermittelt:

- Magistrat Graz, Amt für Jugend und Familie, Referat Offene Kinder- und Jugendarbeit
- Magistrat Graz, Referat für Frauen und Gleichstellung
- Magistrat Graz, Sozialamt, SeniorInnenreferat
- Beauftragter der Stadt Graz für Menschen mit Behinderung
- Bezirksrat Gries
- Beirat für BürgerInnenbeteiligung
- Geschäftsstelle MigrantInnenbeirat
- Bürgerinitiative „Pro Gries“
- Bürgerinitiative „Unser Griesplatz“

Folgende Stellen haben eine Rückmeldung abgegeben:

- **Magistrat Graz, Referat für Frauen und Gleichstellung**
Von Seiten des Referates für Frauen und Gleichstellung wurde angeregt, dass „geschlechtsspezifische Bedürfnisse aller unterschiedlicher Beteiligten/Betroffenen im Rahmen des Beteiligungsprozesses entsprechend berücksichtigt werden“ sollen. Dies wurde im Beteiligungskonzept hinzugefügt.
- **Magistrat Graz, Sozialamt, SeniorInnenreferat**
Von SeniorInnenreferat wurde angeregt, das Geriatrie Zentrum (GGZ) in der Albert-Schweitzer-Gasse als Multiplikator im Beteiligungsprozess anzuführen. Das GGZ wird namentlich im Beteiligungskonzept nicht angeführt, befindet sich jedoch auf der Stakeholderliste, die im Rahmen des Beteiligungsprozesses eingeladen werden sollen. Zudem werden spezifische Angebote für ältere Menschen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen im Beteiligungsprozess durchgeführt.
- **Beauftragter der Stadt Graz für Menschen mit Behinderung**
Inhaltlicher Hinweis zur schlechten Situation für FußgängerInnen bei den Platzquerungen. Diese Anregung ist nicht Teil des Beteiligungskonzeptes, wird jedoch im weiteren Prozess berücksichtigt (siehe ebenso Anregung vom SeniorInnenreferat).
- **Bezirksrat Gries**
Von Seiten des Bezirkrates wird angeregt, dass die lokalen Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen sowie Betreutes Wohnen am Oeverseepark in die Liste der Multiplikatoren aufgenommen werden. Die Kinder- und Bildungseinrichtungen werden in die Liste der MultiplikatorInnen aufgenommen. Das Betreute Wohnen am Oeverseepark, das

namentlich genannt wurde kommt - wie auch das GGZ (siehe Anregung vom SeniorInnenreferat) - in die Stakeholderliste, die im Prozess eingeladen werden.

- **Beirat für BürgerInnenbeteiligung**

Die einzelnen Mitglieder des Beirats für BürgerInnenbeteiligung gaben jeweils ihre Stellungnahmen ab. Es gibt eine grundsätzliche Zustimmung zum Beteiligungskonzept, jedoch wurde die Anregung gemacht, den Beteiligungsgegenstand hinsichtlich der Straßenbahnführung zur erweitern. Diese Anregung kann aufgrund der bestehenden Beschlusslage nicht berücksichtigt werden (siehe letzter Absatz).

- **Geschäftsstelle MigrantInnenbeirat**

Der MigrantInnenbeirat hat angeregt, dass Einladungen und Briefsendungen leicht verständlich bzw. in mehreren Sprachen formuliert werden sollen. Diese Anregung wird für den Prozess aufgenommen, es soll auch – zumindest eine - mehrsprachige Informationsveranstaltung geben. Eine Detaillierung hinsichtlich der Einbindung von Menschen mit Migrationshintergrund soll mit dem noch zu beauftragenden Träger in Abstimmung mit dem MigrantInnenbeirat erarbeitet werden.

Der MigrantInnenbeirat hat ebenso angeregt, dass der Beteiligungsgegenstand um Verkehrsfragen, wie die Straßenbahnführung, erweitert wird. Diese Anregung kann aufgrund der bestehenden Beschlusslage nicht berücksichtigt werden (siehe letzter Absatz).

- **BürgerInneninitiative „Unser Griesplatz“**

Die BürgerInneninitiative „Unser Griesplatz“ macht zahlreiche Anregungen hinsichtlich Beteiligungsmethoden (Flohmarkt, Straßenfeste etc.). Ein Kommunikationsort, der für alle zugänglich ist, sollte geschaffen werden, bzw. soll gesichert werden, dass die Ergebnisse aus dem Beteiligungsprozess in den Architektenwettbewerb einfließen sollen. Diese Zugänglichkeiten und vielfältigen Angebote im Stadtteil sowie das Bestreben zur Umsetzung der Ergebnisse decken sich mit den Anliegen der zuständigen Abteilung.

Ebenso regt die BürgerInneninitiative an, den Beteiligungsgegenstandes hinsichtlich der Straßenbahnführung zu erweitern. Diese Anregung kann aufgrund der bestehenden Beschlusslage nicht berücksichtigt werden (siehe letzter Absatz).

Der MigrantInnenbeirat, die Bürgerinitiative „Unser Griesplatz“ sowie VertreterInnen aus dem Beirat für BürgerInnenbeteiligung haben sich dahingehend geäußert, dass die Trassenführung für die Straßenbahn in den Beteiligungsgegenstand aufgenommen werden soll.

Von Seiten der Verwaltung muss auf den bestehenden Gemeinderatsbeschluss vom 16. Oktober 2014 verwiesen werden, in dem der Gemeinderat einen mehrheitlichen Beschluss zugunsten einer Trassenführung für die Straßenbahn getroffen hat. Dieser Beschluss ist für die Verwaltung bindend und daher kann verwaltungsseitig der Beteiligungsgegenstand nicht um die Trassenführung erweitert werden.

Dem Gemeinderat wurden im Gemeinderatsbericht zur Projektgenehmigung der vorbereitenden Maßnahmen (im Gemeinderat am 9. Juli) diese Rückmeldungen betreffend Beteiligungsgegenstand Straßenbahntrasse zur Kenntnis gebracht.